Ein französisch-schweizerischer Experte stellt die „systematische Hinterziehung“ der humanitären Hilfe vonseiten Algeriens und der Front Polisario für die Lager Tinduf an den Pranger

Paris–Der französisch-schweizerische Politikwissenschaftler und Schriftsteller Jean-Marie Heydt hat den Skandal der „systematischen Hinterziehung“ der humanitären Hilfe für die Population der Lager Tinduf aufgezeigt, die das Königreich Marokko Jahren hindurch der internationalen Gemeinschaft gegenüber anprangerte und anprangert.

Diese Hinterziehung wurde durch den Bericht des Welternährungsprogramms (WFP) in seiner Bewertung des „strategischen Programmstaates Algerien 2019/2022“ aufs Neue bestätigt, stellte Herr Heydt in einer auf der nordafrikanischen Media „Maglor.fr“, veröffentlichten Kolumne fest.

Der Experte stellte fest, dass das WFP unwiderlegbar die Hinterziehung und den Verkauf von Lebensmitteln aus humanitärer Hilfe auf den Märkten der algerischen Stadt Tinduf außerhalb der Lager sowie in den Nachbarstaaten zu einem Zeitpunkt dokumentiert hat, als die Population der Lager Tinduf dort in entsetzlichen Zuständen ausharrte, ausgeprägt durch eine chronische Unterernährung, im Besonderen bei den Frauen und bei den Kindern.

Schlimmer noch, das WFP hat aufs Neue seine Besorgnis in Hinsicht auf die fehlende Verzeichnung und Zählung der Population der Lager Tinduf und in Hinsicht auf die Hinterziehungsmöglichkeiten, die diese einzigartige Situation ausgelöst hat und auslöst, zur Sprache gebracht, argumentierte Herr Heydt, ebenfalls assoziierter Forscher an der Université Haute Alsace mit Sitz in Frankreich.

Sie ist überdies eine außergewöhnliche Situation in aller Welt im Hinblick auf das humanitäre Völkerrecht, da diese Bevölkerungsgruppe seit fast 50 Jahren nie identifiziert, noch als Flüchtlinge verzeichnet bzw. gezählt wurde, was ihr etliche durch die Vereinbarung vom 28. Juli 1951 über den Status der Flüchtlinge garantierten Rechte vorenthalten hat, fuhr er fort.

Der Bericht verwies darüber hinaus auf die Unmöglichkeiten für spezialisierte UNO-Agenturen, ungehinderten Zugang zu den Lagern Tinduf gewährt bekommen zu dürfen, die interne Kontrolle der Umverteilung der humanitären Hilfe vonseiten der Front Polisario als von Natur aus voreingenommene Kontrolle beschreibend, stellte er fest.

Ihm zufolge ist diese vonseiten Algeriens diesen Milizen abgetretene Kontrolle über die Umverteilung der humanitären Hilfe Bestandteil des umfassenderen Rahmens der rechtswidrigen Übertragung der Befugnis über die Lager Tinduf an eine bewehrte Separatistengruppe dem humanitären Völkerrecht nach, die enge Vernetzungen zu terroristischen in der Sahelzone tätigen Gruppen unterhält.

Und um in den Vordergrund spielen zu können, dass die lukrativen Möglichkeiten, die durch die systematische Hinterziehung der humanitären Hilfe durch die Anführer der Front Polisario zustande kämen, es ihnen somit möglich machen, einen luxuriösen Lebensstil aufrechterhalten zu dürfen, und dies auf die Rechnung der europäischen Steuerzahler und auf die Rechnung der Frauen und der Kinder der Lager Tinduf, welche den Wehen der chronischen Anämie ausgesetzt sind.

„Lange zuvor hatte das Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Union (OLAF) in einem in 2015 veröffentlichten Bericht auf eine mehr als vier Jahrzehnte hindurch systematische Hinterziehung der humanitären Hilfe verwiesen, die den in den Lagern Tinduf auf algerischem Hoheitsgebiet sequestrierten Saharawis eingeräumt wurde", stellte er fest, hinzufügend, dass dieser Bericht ausgehend von einer von OLAF durchgeführten Untersuchung die Verantwortung Algeriens in seiner Eigenschaft als aktiven Komplizen bei der Hinterziehung dieser Hilfe klar herausstellt", die normalerweise bereits mit dem Einfinden der Ladungen im Hafen Oran in Algerien startet“.

Über diese Hinterziehungen sei in anderen Inspektionsberichten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sowie anderer zwischenstaatlicher und

nichtstaatlicher Organisationen beschieden worden, rief er die Erinnerung daran wach.

Das Europäische Parlament hatte seinerseits eine Resolution verabschiedet, worin festgestellt wurde, dass Algerien eine Steuer in Höhe von 5% auf diese Hilfe erhoben und Anträge auf Volkszählung abgelehnt habe, fügte der Experte hinzu, präzisierend, dass die Resolution überdies die EU dazu aufforderte, den Einsatz der europäischen humanitären Hilfe vonseiten der Front Polisario seit 2015 unter die Lupe nehmen zu haben.

Auch in 2021 machte der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, auf die Veruntreuung von Geldern und der Nahrungsmittelhilfe aufmerksam, die für die von der Front Polisario sequestrierte Population bestimmt waren, schreibt Herr Heydt, unterstreichend, dass etliche vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen bezogen auf 2011 Algerien dazu aufgeforderten, die Volkszählung der Population der Lager Tinduf in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht zulassen zu haben.

Und um zu beachten, dass die neue Resolution 2654 des Sicherheitsrates (in der Präambel Nr. 23) Algerien „aufs Neue dazu aufgefordert“ hatte, die Population der Lager Tinduf „ordnungsgemäß verzeichnen zu haben, unterstreichend, dass es wichtig sei, dass etliche unerlässliche Maßnahmen zu diesem Zweck ergriffen werden sollten“, die gleiche Aufforderung (im operativen Absatz Nr. 15) an etliche UNO-Organisationen ausrichtend, den „besten Praktiken“ der UNO bei der Bereitstellung der humanitären Hilfe zu Gunsten der Population der Lager Tinduf nachgehen zu haben.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com